
3243/AB XXIV. GP

Eingelangt am 11.12.2009

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Unterricht, Kunst und Kultur

Anfragebeantwortung

Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Kultur



Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: BMUKK-10.000/0376-III/4a/2009

Wien, 7. Dezember 2009

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 3495/J-NR/2009 betreffend Krankenstände beim Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, die die Abg. Christoph Hagen, Kolleginnen und Kollegen am 22. Oktober 2009 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 bis 3:

Die Aufschlüsselung der Krankenstände in den Jahren 2007 und 2008 stellt sich wie folgt dar:

BMUKK	Auf eine/einen Bundesbeschäftigte/Bundesbeschäftigten entfallen Arbeitstage Krankenstand		
		2008	2007
	Beamtinnen/Beamte	8,1	7,4
	Vertragsbedienstete	6,7	6,5
	Gesamt	7,2	6,8

Eine berufsgruppenbezogene Aufgliederung ergibt folgendes Bild:

		2008	2007
	Krankenpflegedienst *	16,7	10,3
	Lehrerinnen/Lehrer	6,2	5,8
	Lehrerinnen/Lehrer Schulaufsicht	2,5	1,4
	Schulaufsicht	6,1	6,8
	Verwaltungsdienst	13,3	13,1

* an Bundesschulen für körper- und sinnesbehinderte Schülerinnen und Schüler

Eine abschließende Statistik für das Jahr 2009 ist derzeit noch nicht verfügbar.

Zu Frage 4:

Gesundheitsfördernde Maßnahmen sind dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur ein wichtiges Anliegen. Im Übrigen wird auf die Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage Nr. 1811/J-NR/2009 und den dort angeführten zahlreichen Initiativen (u. a. Fortbildungsveranstaltungen, Impfaktionen, Unterstützung der Kultur- und Sportvereinigungen etc.) verwiesen. Weiters wurde im November 2009 ein Gesundheitstag gemeinsam mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und der BVA durchgeführt. Ergänzend werden derzeit weitere Möglichkeiten von Gesundheitsförderungen bzw. Vorsorgemaßnahmen mit der seit Ende Oktober im Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur neuen Arbeitsmedizinerin geplant.

Die Bundesministerin:

Dr. Claudia Schmied eh.